

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

23.1.1925 (No. 19)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Erzheim:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. M. E. N. S.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstage 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vereinbart werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegenheiten sind an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhaltung, unangelegener Beirteilung und Konfusionsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil

Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer

Die zweite Steuerminderungsverordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1924 sind die Einkommensteuervorauszahlungen der Landwirte und Gewerbetreibenden um ein Viertel ermäßigt worden. Auf das Einkommen aus freiem Beruf und anderer selbständiger Arbeit sowie auf das Einkommen aus Grundbesitz, soweit es nicht durch den Betrieb der Landwirtschaft erzielt wird, und auf das sonstige Einkommen (§ 11 des Einkommensteuergesetzes) bezieht sich diese Ermäßigung nicht. Soweit Steuerpflichtige solches Einkommen beziehen, haben sie ihre Vorauszahlungen nach den bisher geltenden Sätzen zu leisten, nämlich für die ersten angefangenen oder vollen 2000 Mark im Kalendervierteljahr 10 vom Hundert, vermindert um je 1 v. H. für jeden berücksichtigungsfähigen Familienangehörigen, für die weiteren Beträge 20 v. H.

Berriots Politik vor der Kammer

Zu der französischen Kammer kam es am Donnerstag zu einer längeren Debatte über Elsas-Rothringen. Der nationalistische Abgeordnete Oberkirch griff in ungewöhnlich scharfer Form die Politik des Ministeriums Berriot an, der er zum Vorwurf machte, daß sie durch die beschleunigte Abberufung des Gesandten beim Vatikan und die Einführung der Trennungsgesetzgebung nicht nur die religiösen Gefühle der elsass-lothringischen Bevölkerung, sondern auch deren verfassungsmäßige Rechte verletze, da in den wiedergewonnenen Provinzen das Konstant nach wie vor zu Recht bestünde. In einer persönlichen Bemerkung protestierte Berriot gegen die Flut von Schmähungen und Beschimpfungen, die täglich aus den nationalistischen Kreisen des Elsas gegen ihn gerichtet werden und es kam darauf zu hitzigen Kundgebungen der Linken. Der Abgeordnete Oberkirch bemühte sich sodann zu zeigen, daß die elsass-lothringischen Nationalisten sich in ihrer Deutschfeindschaft von keinem Nationalisten rein französischer Mutes überbieten lassen. Er kritisierte das in London gegebene Versprechen der Räumung des Ruhrgebietes, dem er die alleinige Schuld an dem Mißerfolg der Handelsvertragsverhandlungen beimah, und griff Berriots Politik gegenüber Deutschland an, die in ihrem Versuch, dort die demokratischen und republikanischen Elemente zu härten, klägliche Schiffbruch erlitten und durch den Ausfall der Wahl am 7. Dezember eine schallende Ohrfeige als Antwort erhalten habe.

Berriot erwiderte darauf, daß die französische Regierung in den Wirtschaftsverhandlungen nichts unversucht gelassen habe, den besonderen Wünschen Elsas-Rothringens Berücksichtigung zu verschaffen. Auch die Verlängerung der Ruhrbesetzung würde an der Situation, wie sie heute besteht, nicht das Geringste geändert haben. Als er im Juli nach London gegangen sei, habe er dem Parlament das Versprechen gegeben, dort keinerlei endgültige Bindung einzugehen, ohne dessen Zustimmung. Damals habe er sich darum gehandelt, entweder die Politik der Invasion fortzusetzen, oder aber eine Politik der praktischen Realisation einzuleiten. Das Parlament habe sich für die letztere entschieden. Wenn ihm heute zum Vorwurf gemacht werde, daß er in London versäumt habe, die Räumung des Ruhrgebietes zum Gegenstand eines Handelsvertrages zu machen, so könne er darauf nur erwidern, daß Frankreich dabei nicht habe gewinnen können, denn es wäre auch beim besten Willen in dem Augenblick, da die Reparationsfrage eine Regelung gefunden habe, nicht mehr möglich gewesen, die Besetzung des Ruhrgebietes als in Einklang mit dem Friedensvertrag stehend zu verteidigen.

Besonders befremdend, so fuhr Berriot fort, sei es, einen elsass-lothringischen Abgeordneten in dieser Weise über die Politik der französischen Regierung gegenüber Deutschland reden zu hören. Die Haltung, die die französische Regierung in der Frage der Räumung von Köln eingenommen habe, zeige, daß sie den Versailler Vertrag gegen jede Verletzung zu verteidigen wisse. Seine eigene Auffassung über die politischen Zustände in Deutschland könne er nur dahin zusammenfassen, daß es zweifellos in Deutschland sehr viele Leute gebe, die einer Politik der Versöhnung ablehnend gegenüberstünden, daß man aber, wenn man über die Anstrengungen des anderen Deutschland, das den nationallistischen Geist im eigenen Lande bekämpfe, zur Tagesordnung übergehe und ganz Deutschland in einen Topf werfen wolle, jede Hoffnung auf Frieden für immer begraben müsse. Aus den letzten Wahlen in Deutschland seien die Linksparteien weit stärker hervorgegangen als bei den Wahlen im Mai. Wenn man dies als einen gegen ihn (Berriot) und seine Politik gerichteten Faustschlag bezeichnen habe, wie müsse man dann erst von den vorangegangenen Wahlen in Beziehung auf die Politik Poincarés denken?

Zu einer neuen Verwahrung des Ministerpräsidenten und zu hitzigen Protestkundgebungen der Linken kam es, als der Abgeordnete Pfleger in Anspielung auf Erklärungen, die vor kurzem Herr v. Gerlach in Straßburg über die elsass-lothringische Frage gemacht hatte, der Regierung zum Vorwurf machte, daß sie die neue deutsche Offensive gegen das französische Elsas, an dem sich auch die Pazifisten in Deutschland beteiligten, stillschweigend geduldet habe.

Wirtschaftliche Umschau

Daß die Rückkehr zur Goldwährung in immer weiteren Ländern erfolgt und die Wiedereinführung des Goldes in seine Funktion als internationaler Wertmesser weitere Fortschritte macht, ist ein Zeichen des allgemeinen Willens zur Gesundung, wie aber auch ein Zeichen der ungeheuren Wirtschaftsmacht Amerikas. Wir in Deutschland sind von der Refordinflation aller Zeiten mit Hilfe von Dawesgutachten und Londoner Abkommen wieder zur Goldmark zurückgekehrt. Nun steht auch das englische Pfund, dessen stärkstes Disagio gegenüber dem Dollar Anfang 1923 freilich nur eine Wertminderung von 10 Prozent zeigte, vor der vielleicht nicht ganz freiwilligen vollständigen Rückkehr zur Goldparität. Freilich ist weder die deutsche Währung bis jetzt eine reine Goldwährung, noch haben bisher die anderen europäischen Staaten eine solche wieder eingeführt, mit einer Ausnahme: Schweden, das seit April 1924 wieder eine reine Goldwährung besitzt. Es genügt nämlich nicht, daß die Goldparität wieder erreicht ist, es muß auch die Gold-einlösbarkeit wieder hergestellt werden. Die jetzige deutsche Währung kann man höchstens als eine Goldfernwährung bezeichnen, bei der dauernd durch vorsichtige Währungspolitik die Goldparität erhalten werden muß. Und ähnlich ist es mit andern europäischen Währungen, welche die Goldparität haben, wie der neuen österreichischen Schillingwährung und auch dem Schweizer Franken, dem holländischen Gulden, die gegenwärtig sogar etwas über der Goldparität stehen. Durch den Dawesplan wurde aber Deutschland verpflichtet, zur wirklichen Goldwährung zurückzukehren, die erfolgen wird, sobald man den Zeitpunkt zur Wiederherstellung der Gold-einlösbarkeit für gekommen erachtet.

Amerika hat gar wohl gewußt, warum es Deutschland diese Verpflichtung auferlegte. Amerika verfügt bereits heute über mehr als die Hälfte alles gemünzten und für Währungszwecke dienenden Barrengoldes der Welt. Der Wert des amerikanischen Goldes wird auf 15 Milliarden Goldmark geschätzt. Dieses Gold leidet aber, so lange es in den Kellern der amerikanischen Banken lagert, keine Arbeit und bringt keine Zinsen. Zu den ungeheuren Zinsverlusten für Amerika kommt noch die Gefahr der Goldinflation, d. h. der Wertminderung des Goldes, die ja an und für sich schon seit längerem bis zu einem gewissen Grade eingetreten ist. Würde Amerika sein Gold als Zahlungsmittel in Umlauf setzen, oder für seinen gesamten Goldbestand vollgedeckte Noten ausgeben, dann würde sich nicht nur in Amerika, sondern in der ganzen Welt eine neue starke Wertminderung des Goldes fühlbar machen und obendrein Amerika, das alle ausländischen Anlagen auf den Goldfuß basiert hat, ungeheure Verluste an Volkvermögen erleiden. Aus diesen Gründen muß Amerika, um den Wert des Dollars stabil zu erhalten, jede Menge ihm auf dem Weltmarkt angebotenen Goldes annehmen und es droht, tatsächlich in dem gelben Metall zu ersticken, falls es nicht gelänge, dem Gold neue Märkte zu erschließen. Freilich sei dabei zugegeben, daß auch der Goldzufluß nach Amerika seine Grenzen hat, weil die Reserven der übrigen Länder in der Hauptsache erschöpft sind und lediglich die jährliche Weltproduktion an Gold, die 1 bis 2 Milliarden Mk. betragen dürfte, aber auch zum Teil durch die industrielle Wertverwertung des Goldes absorbiert wird, ein dauerndes Gefahrenmoment darstellt. Schweden, dessen Goldbestand die für seine Währungszwecke erforderliche Höhe erreicht hat, hat bereits ein Goldeinfuhrverbot erlassen, und es ist klar, daß Amerika ein Interesse daran hat, daß außer Schweden möglichst viele andere Staaten zur Goldwährung zurückkehren, und daß Amerika gerne Anleihen an kapitalstarke Staaten gibt, unter der Bedingung, daß sie zur Goldwährung zurückkehren. In diesem Fall müßten sie wie Deutschland Anleihen in Amerika aufnehmen, Gold aus den amerikanischen Beständen für ihre Noteninstitute beziehen und diese Beträge auch verzinsen.

Durch diese Verschuldung der Welt an Amerika fürchtet man in England naturgemäß eine weitere Verschiebung des Schwerepunktes auf den internat. Kapitalmarkt von London nach Newyork, und England ist offenbar bestrebt, die Rückkehr zur absoluten Goldwährung in den europäischen Staaten zu verlangsamen. England kämpft darum, dem Pfund seine führende Stellung in Europa zu erhalten und es ist deshalb wenig wahrscheinlich, daß es selbst seinerseits zur reinen Goldwährung mit Ein-

lösungsverpflichtung von Gold oder Noten wieder zurückkehrt. In Amerika hofft man, zunächst Frankreich zur Wiedereinführung der reinen Goldwährung zu veranlassen, was den Anschluß weiterer Staaten zur Folge hätte. In England wehrt man sich mit allen Kräften dagegen und führt namentlich Paris vor Augen, daß seine Schuldenlast gegenüber Amerika dadurch für immer auf Gold basiert würde. Deutschland hätte in keinem Fall, gleichgültig ob England oder Amerika, ob Pfund oder der Dollar siegen, einen wirklichen Vorteil. Unsere Gläubiger aus dem Versailler Vertrag werden es in jedem Fall verstehen, zu verhindern, daß die Reparationslast erleichtert würde, auch wenn der englische Wunsch nach einer Wertverminderung des Goldes Erfüllung fände. Der Dawesplan gibt ihnen Handhaben dazu genug.

Zu den Berliner Finanzaffären wird mit Recht darauf hingewiesen, daß nicht nur völlige Aufklärung über die Finanzgeschäfte der beschuldigten Kautzker, Barmat usw. notwendig sei, sondern daß es auch einen Fall Preussische Staatsbank gebe. Millionen wurden an Ausländer zweifelhafter Herkunft zu einer Zeit ausgeliehen und zwar zu lächerlich niedrigen Sätzen, während wegen Mangels an Krediten zahlreiche deutsche Existenzen zusammenbrachen und angelegene Firmen geradezu Wucherzinsen zahlen mußten. Die 30 000 Arbeiter beschäftigende Mansfeld A.-G. war in Schwierigkeiten geraten und konnte keine öffentlichen Gelder als Kredite erhalten, da „für derartige Zwecke keine solche vorhanden seien“, und den gleichen Bescheid erhielt das in Bedrängnis geratene Stahlwerk Beder. Die Millionen der preussischen Staatsbank befanden sich aber dafür in den Händen der Spekulant Kautzker, Barmat und Michael. Verschiedene Fragen werden jetzt im „Roland von Berlin“ öffentlich gestellt. Wie kommt es, daß das Hanauer Altmaterial Kautzkers auf 3 Millionen Mark amtlich taxiert werden konnte, während es vielleicht nur den 10. Teil wert ist? Wie kommt es, daß man bei einer amtlichen Taxe von 3 Millionen Mark mit Kautzker vereinbaren konnte, daß von einem 4,2 Millionen übersteigenden Verkaufserlös die Hälfte des Mehrerlöses der Staatsbank zufließen sollte? Wie kommt es, daß während der Zentralverband des deutschen Bankiergewerbes vor der Bankfirma E. v. Stein & Comp. warnte, die Preuss. Staatsbank amtlich erklärte, diese Bankfirma habe sich „eines guten Rufes“ erfreut.

Mit dem Barmatouezern haben jetzt die Gläubiger ein Abkommen getroffen, wonach eine Trennungsgesellschaft über die verschiedenen Unternehmungen gesetzt wurde, welche die Regelung der verschiedenen Engagements in die Wege leiten soll. Im übrigen hat nun wie der Reichstag auch der preussische Landtag einen besonderen parlamentarischen Untersuchungsausschuß für die verschiedenen Affären eingesetzt. Diesem Ausschuß wird u. a. auch der Reichsbankpräsident Dr. Schacht angehören.

Die verschiedenen wirtschaftspolitischen Fragen stehen gegenüber den reinpolitischen bei der Erörterung in unseren Parlamenten nicht zurück. Ein umfangreiches Wirtschaftsprogramm enthält die Erklärung der neuen Reichsregierung vor dem Reichstag. Auf handelspolitischem Gebiet sollen alle Bemühungen darauf gerichtet sein, die Freiheit für den deutschen Handel durchzuführen. Innenwirtschaftlich werden u. a. die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und die Stärkung der inneren Kaufkraft als Ziele proklamiert. Die Sozialgesetzgebung soll ausgebaut und durch Schaffung vermehrer Arbeitsgelegenheit die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. In der Aufwertungsfrage will man ein endgültiges Recht schaffen. Das Steuersystem soll in systematischer, einheitlicher, klarer und sozial gerechter Weise ausgestaltet werden und zwar so, daß die Wirtschaftskraft nicht labingelegt und jede übermäßige Besteuerung vermieden wird.

Eine ausgiebige Steuerdebatte hatte auch der badische Landtag anlässlich der Regierungsvorlage auf Ermäßigung der Grund- und Gewerbesteuer. Der deutsch-spanische Handelsvertrag, der am heutigen Tag den Reichstag beschäftigen dürfte, wurde gleichfalls besprochen u. seine Gefahren für den bad. Weinbau und seine Bedeutung für die badische und die deutsche Industrie. Es wurde ein Antrag des Haushaltsausschusses angenommen, der Erleichterungen für den Weinbau befürwortet. Ebenso wie dieser Tage im bayer. Landtag wurde auf die schwierige Lage des süddeutschen Weinbaues hingewiesen, nicht ge-

ringere Gefahren drohe ihm der Handelsvertrag mit Frankreich zu bringen, dessen Zustandekommen übrigens weiter hinausgeschoben erscheint. In Paris wurden neue deutsche Gegenvorschläge überreicht und es sollen weitere Verhandlungen stattfinden. Was das Handelsprovisorium mit Italien anlangt, so klagt hier die süd-deutsche Landwirtschaft vor allem darüber, daß weniger durch die Weineinfuhr als die Gemüse- und Obsteneinfuhr die heimische Produktion gefährdet werde. Schließlich beschäftigte den Landtag noch das Prämiensystem der Reichsbahn, das nur einem kleinen Teil der Beamten zugute komme und, wie ein Regierungsvertreter ausführte, überhaupt mit einem beamtenmäßig aufgelegenen Apparat schwer vereinbar sei.

Die Erklärung der Reichsregierung gebilligt

mit 246 gegen 160 Stimmen bei 39 Stimmenthaltungen.
Am gestrigen Donnerstag wurde die große politische Aussprache im Reichstag beendet und ein Antrag, der die Erklärungen der Reichsregierung billigt, mit Stimmenmehrheit angenommen. Von 445 Abgeordneten billigten 246 die Regierungserklärung, 39 enthielten sich durch Abgabe von blauen Zetteln einer Meinung. Die Parteien, die das Kabinett Luther unterstützen, sind die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und das Zentrum. Von den 64 anwesenden Zentrumsabgeordneten waren für die Billigung 62, darunter Luthers Vorgänger, Herr Marx. Vor der Abstimmung haben 7 Zentrumsmitglieder den Saal verlassen. Im Saal enthielten sich durch blaue Zettel der Stimme Röder, Knoll (Darmstadt) und Koch (Essen). Wegen der Regierung stimmten Birth und Imbusch. Die Reinsager umfaßten die sozialdemokratische und die kommunistische Fraktion und die beiden erwähnten Zentrumsmitglieder. Enthaltene haben sich der Abstimmung durch Abgabe von blauen Zetteln die Fraktionen der Demokraten und der Linken. Von den 33 Mitgliedern der demokratischen Fraktion waren 31 anwesend; wegen Krankheit fehlte Wieland. Da von den Demokraten im Gegensatz zum Zentrum Fraktionszwang für die Stimmenthaltung beschlossen war, so konnte kein Mitglied der Fraktion gegen das Kabinett stimmen, doch enthielten sich die Abgeordneten Schilling, Schuldt, Kroll und Demmer vor der Abstimmung. Die weitere innerpolitische Entwicklung wird wesentlich von der heute bevorstehenden Entscheidung in Preußen bedingt sein.

Deutscher Reichstag

22. Jan.

Die Besprechung der Regierungserklärung

wird fortgesetzt.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Der Reichskanzler wollte mit seinen gestrigen Ausführungen seine frühere Versicherung unterstreichen, daß er kein Kabinettsmitglied gegen Links bilden wolle. Wie kann man damit die Rede des Abg. Grafen Westarp vereinbaren? Immerhin werden wir auf einer ganzen Reihe von Gebieten praktische Mitarbeit leisten. Der Redner geht dann auf den Etat ein und wendet sich dagegen, daß durch die Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung das Budgetrecht des Reichstages eingeschränkt wird. Der Eintritt in den Rätebund muß baldigst vollzogen werden. Der Reichskanzler hat sich in der Außenpolitik zu dem Gedanken der Verständigung bekannt. Wie will er ihn durchführen, gemeinsam mit den Deutschnationalen, deren Vorsitzführer Freitag-Loringhofen, Schlang und andere bei jeder Gelegenheit den Revanchekrieg predigen? Dr. Breitscheid hat in seinen Bemerkungen über den hindischen Unfug mit den Zeitweiligen nichts gesagt, was nicht schon bekannt wäre. Bei den Finanzlandalen verlangen wir strengste Untersuchung. Die Beamten, die kompromittiert sind, gehören durchweg den Rechtsparteien an. (Hört, hört! links.) Der Redner geht dann auf die Korruptionsfälle im alten Regime ein. Zur Frage der Aufsichtsräte erklärt er: Wir sind bereit, jeder Maßnahme zuzustimmen, die eine strenge Trennung zwischen parlamentarischer und geschäftlicher Tätigkeit bezweckt. In meiner Fraktion befindet sich kein Aufsichtsratsmitglied. (Abg. Henning (Soz.) ruft: Sie selbst sind es ja doch!) Ich stelle dem Abg. Henning gegenüber fest, daß ich niemals in meinem Leben einem Aufsichtsrat angehört habe. Die Parteien gehören nicht der sozialdemokratischen Partei an. Weder der Vorwärts noch der sozialdemokratische Parlamentsdienst haben Geld von Barmat erhalten. Die sozialdemokratische Partei hat kein Konto bei irgendeiner Barmatbank. Diese Regierung ist eine ausgesprochene Rechtsregierung, der wir den schärfsten Kampf ansagen. (Lebhafte Beifälle bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (DN): Die Sozialdemokratie vermutet im Hintergrund böse Pläne, gegen die sie nun zum Kampfe aufruft. Die neue Regierung verfügt über eine feste Mehrheit. Wir vertreten den Gedanken der Volksgemeinschaft und möchten ihn auf alle Volksgenossen ausdehnen. Uns steht die christliche Kultur so hoch, daß wir mit ihren Gegnern nicht dauernd in Gemeinschaft arbeiten können. (Beifall rechts.) Die Sozialdemokratie hat kein Recht, sich als Vertreter der Arbeiterschaft zu bezeichnen. Das Einbringen unerfüllbarer Anträge ist sozialpolitische Schaumstrategie, die wir wie bisher den Herren von Links überlassen.

Abg. von Kardorff (DN) polemisiert gegen den Abgeordneten Koch (Dem.) und bedauert die Ausführungen des Abg. Dr. Breitscheid zur Entwarnungsfrage. In welche Lage werde ein deutscher Außenminister versetzt, wenn er sich vom Ausland müsse sagen lassen, daß in seinem eigenen Parlament diese Dinge als wahr unterstellt werden. (Stürmische Zustimmung rechts, Lärm bei den Sozialdemokraten.) Der Redner stellt fest, daß auch verschiedene interalliierte Generale der Überzeugung sind, daß die Entwarnung Deutschlands vollständig ist. Jetzt handle es sich nicht um die Frage Republik oder Monarchie, sondern um die Frage Republik oder Chaos? Den Barmatfandale sollte man bei seiner völligen Aufklärung nicht politisch ausschalten. In beantragten ist nur die Vergabe von Millionenkrediten an zweifelhafte Unternehmungen, während fest fundierte, solide Unternehmungen sich nach Krediten von 6-7000 Mark die Gaden abkaufen müßten. Die Parteien müssen rücksichtslos diejenigen ausmerzen, die sich kompromittiert haben. Auch die Demokraten werden genug Punkte finden, in denen sie die Regierung unterstützen müssen.

Abg. Scheller (Komm.) verlangt Amnestie für die politischen Gefangenen. Die Regierung Luther sei durch die Schuld der Sozialdemokratie zustande gekommen.

Abg. Dr. Haas (Dem.) weist die Angriffe des Abg. v. Kardorff auf die Demokratie zurück. Die Kritik des Abg. Dr. Koch an den Vorkommissionen unter dem alten System war durchaus berechtigt. Dr. Stresemann hat 1918 weit schärfere Kritik geübt. Tatsächlich war es die Deutsche Volkspartei, die die Krise heraufbeschwor, nachdem Dr. Stresemann kaum die große Koalition gebildet hatte. Die Volksparteier im Lande waren unruhig geworden, weil sie von ihrer Parteileitung dauernd gehört hatten, daß ein Bündnis mit den Sozialdemokraten ein Verbrechen wäre, weil es in der Wahlagitacion hieß: „Von roten Ketten macht Euch frei, allein die Deutsche Volkspartei verschadet.“ Auch die zweite Krise ist von der Deutschen Volkspartei verschadet. Es ist kein Geheimnis, daß Dr. Gehler in der letzten Zeit häufig anderer Meinung war als unsere Fraktion. Das letzte Kabinett Marx hat die Deutsche Volkspartei gestützt, ohne zu wissen, ob und wie ein anderes Kabinett zustande käme. (Unruhe bei der Deutschen Volkspartei.) Die Demokraten haben keine Sehnsucht gehabt, in ein neues Kabinett einzutreten. Vielleicht werden die Deutschnationalen in den nächsten Wochen von uns lernen können, wie man sachliche und objektive Opposition macht. Die bisher von den Deutschnationalen getriebene Opposition war keine sachliche und keine nationale. (Sehr wahr! links.) Der Reichskanzler will die Außenpolitik des Kabinetts Marx fortsetzen. Das ist auch die Außenpolitik des Kabinetts Birth und Rathenau. Die Sozialdemokraten haben diese Außenpolitik unterstützt, die Deutschnationalen haben sie in schärfster Weise bekämpft. Nun holt man die Feinde dieser Politik in die Regierung und stellt die Freunde zurück. Wenn wir die Staatsautorität stützen wollen, dann kann das nur durch Republikaner geschehen. Die Ernennung von Dr. Neuhaus wird von den Republikanern aller Fraktionen als eine ganz schwere Provokation betrachtet. (Beifall links.) Die Deutschnationalen haben immer Sachmänner für die Ministerposten verlangt. Seit der Revolution haben wir aber keinen Innenminister gehabt, der weniger sachliche Vorbildung mitbrachte, als Herr Schiele. Die Deutschnationalen haben immer die Republik bekämpft. Sie haben vor dem Kapp-Putsch ihre Verbeugung gemacht, der deutschnationale Vizepräsident weigert sich, dem Reichspräsidenten seinen Besuch zu machen. Die Deutschnationalen haben auch das Magdeburger Urteil begrüßt, das die Ehre des Reichspräsidenten nicht herabsetzen kann, wohl aber das Ansehen der deutschen Justiz. (Abg. Schulz-Bromberg (DN): Unerhört, daß ein Jurist so etwas sagt!) Es ist durchaus falsch, wenn man die republikanische Staatsform für die Korruptionsfälle der letzten Zeit verantwortlich machen will. Dr. Stresemann hat einmal mit Recht festgestellt, daß das System der ersten Kriegsjahre das Schiebertum und Kriegsgewinnertum erzeugt hat. Wir leiden aber auch unter einer Korruption der öffentlichen Meinung, die sich in einer schamlosen Nichtachtung der Ehre anderer äußert. So hat Spengler in seinem Werk „Untergang des Abendlandes“ die schwersten Vorwürfe gegen die führenden Männer der Republik erhoben, aber meine Aufforderung, Namen zu nennen, nicht beantwortet. Ist ein solches Vorgehen nicht schamlos? (Lebhafte Zustimmung.) Ebenso hat sich der deutschnationale Journalist Rumpelstilzchen verhalten. Er warf dem Reichsbankpräsidenten Mißbrauch seines Amtes zum Zwecke der Vereinerung vor, ohne daß er auch nur die Spur eines Beweises dafür gehabt hätte. Rumpelstilzchen wurde deswegen öffentlich als Schurke bezeichnet; er und die deutschnationale Presse haben darauf geschwiegen. (Hört, hört! links.) Die Deutschnationalen haben die Organisation Consul verteidigt, aus deren Reihen die Ergänzungs- und Rathenau-Mörder hervorgingen. (Abg. v. Graefe (Soz.): Sie haben das Reichsdiener!) Herr v. Graefe, wir sind beide alte Soldaten, die sich nicht ungegründet beschimpfen und maßregeln lassen. Da müssen Sie es verstehen, wenn die Republikaner, leider viel zu spät, sich zur Abwehr zusammenschließen, gegen die rechtsradikale Organisation, die eine Gefahr für Republik und Republikaner geworden war. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir können der Regierung das Vertrauen nicht ausprechen. Wie wir das Vertrauen formulieren, wird die Abstimmung nachher zeigen. Die Zugehörigkeit des Reichswehrministers Dr. Gehler zu diesem Kabinett kann eine Brücke zwischen der Demokratie und dem Kabinett nicht schlagen. Das Kabinett wird unsere Unterstützung auf dem Gebiete der Außenpolitik haben, wenn es die bisherige Linie der Außenpolitik einhält. Wir erwarten, daß das Kabinett sich energisch für die republikanische Staatsform einsetzt. Die Festigung der republikanischen Autorität ist die Vorbedingung des deutschen Ansehens im Ausland und die Voraussetzung jeder Ordnung im Innern. (Beifall links.)

Abg. Campe (Wirtsch. Vag.) spricht die Erwartung aus, daß der Innenminister Schiele für die Niedersächsischen Wünsche mehr Verständnis zeigen werde, als sein preussischer Kollege Severing. Der liberative Gedanke müsse endlich Eingang in die Verfassung finden.

Abg. Graf Reventlow (Soz.) protestiert dagegen, daß die heute von böhmischer Seite herausgegebene Wochenschrift zur Barmataffäre auf Grund des Republikstufengesetzes beschlagnahmt worden ist. Die deutsche Reichsbank sei eigentlich nur noch eine Filiale der Morganbank. Die Hoffnungen auf Herrriot hätten sich nicht erfüllt. Der Redner äußert sein Erstaunen darüber, daß der katholische und evangelische Kirchenrat nicht Einspruch dagegen erhoben haben, daß die heiligen Stätten in Palästina jetzt wieder in jüdische Hände geraten. Damit schließt die Aussprache.

Abg. Hilsch (Dem.) erklärt in einer persönlichen Bemerkung, daß Dr. Neuhaus bald nach Annahme der Weimarer Verfassung in einem Schreiben erklärt, er könne es mit seinem Gewissen und Ehrgefühl nicht vereinbaren, einen Treueid der Republik zu leisten, nachdem er früher unter Anrufung Gottes dem König seinen Eid geleistet habe. Er stellte dann die Frage, ob er in diesem Moment aus dem Amte scheiden könne. Damals führten wir wichtige handelspolitische Verhandlungen, für die die Arbeit von Dr. Neuhaus unentbehrlich war. Darum habe ich mit Zustimmung des Gesamtkabinetts in seine Weiterbeschäftigung unter Einbindung von der Eidleistung zugewilligt; es stand aber selbstverständlich fest, daß eine dauernde Beschäftigung ausgeschlossen war. Nach weiteren persönlichen Bemerkungen folgt die namentliche

Abstimmung über den Billigungsantrag

der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der bairischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung.“ Abgegeben wurden insgesamt 445 Stimmen; davon 246 Stimmen für, 160 Stimmen dagegen, bei 39 Stimmenthaltungen.

Die Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten geschlossen mit Nein! Die Demokraten übten durch Abgabe blauer Karten Stimmenthaltung, ebenso die Nationalsozialisten. Die meisten Zentrumsabgeordneten stimmten mit Ja! Dr. Birth und einige andere mit Nein! Das Ergebnis der Abstimmung ist die Annahme des Billigungsantrags mit 246 gegen 160 Stimmen bei 39 Enthaltungen.

Ohne Debatte werden dann in erster und zweiter Beratung das deutsch-polnische Abkommen über Optionsfragen und die Novelle zum Handelsgesetzbuch angenommen, in allen drei Lesungen der Gesetzentwurf über die Aenderung des Gebiets der Zollauslässe in Seehäfen.

Gegen 7 Uhr verläßt sich das Haus auf Freitag nachmittags 1 Uhr: Kleinere Vorlagen.

Im deutschen Reichsrat

Stellte sich am Donnerstag der neue Reichskanzler Dr. Luther mit einer kurzen Rede vor. Er versicherte, daß die von der Regierung in der Programmklärung über das Verhältnis der Reichsregierung zu den einzelnen Ländern aufgestellten Richtlinien sorgfältig innegehalten werden würden. Nachdem im Namen des Reichsrats der preussische Staatssekretär Weismann den Dank für die Begrüßungsworte ausgesprochen hatte, verließ der Reichskanzler die Sitzung, um sich in die Reichstagsführung zurückzugeben, während der neue Minister des Innern, Schiele, den Vorsitz übernahm. Auch er nahm Bezug auf die Regierungserklärung über das Verhältnis zwischen Reich und Ländern und begründete es, daß die kaiserliche Regierung vor Jahresfrist eine Denkschrift über die Beziehungen zwischen Reich und Ländern dem Reichsrat eingereicht habe, in der besonders der persönliche Charakter eines Staates betont wurde.

Badischer Teil

Wohnungsnot und Wohnungsneubau in Baden

I.

Auf einer Joesben dem Landtag vorgelegten Denkschrift des Ministeriums des Innern über Wohnungsnot und Wohnungsneubau in Baden werden die folgenden auszugsweise wiedergegebenen Darlegungen in allen Kreisen mit besonderem Interesse beachtet werden.

Die Wohnungsnot des Landes ist für das ganze Volk unerträglich geworden. 25 000 Familien sind in Baden ohne geeignete Wohnungen. Die vorhandenen Wohnungen, insbesondere die Kleinwohnungen, sind überfüllt. Viele Familien, Erwachsene und Kinder, Gesunde und Kranke, sind in engen ungesunden Wohnungen zusammengedrängt; die gleichen Räume müssen vielfach zum Wohnen, Kochen, Arbeiten und Schlafen benützt werden. Das Zusammenwohnen von Erwachsenen und Kindern bringt schwere sittliche Gefahren. Der Wohnungsmangel schränkt die Freizügigkeit stark ein, beengt das Wirtschaftsleben schwer und verzögert den Wiederaufstieg des Volkes. Die bisherigen Maßnahmen zur Beseitigung der Not haben nicht den gewünschten Erfolg, da die aufgewendeten Mittel durchaus ungenügend waren. Es muß nunmehr eine Entscheidung getroffen werden, ob die vorhandene Wohnungsnot durch eine großzügige, opferreiche Maßnahme beseitigt werden, oder ob sie auch für die Zukunft ungemindert weiterbestehen soll.

Wohnungsverhältnisse während und nach dem Kriege.

Wohnungsnachfrage

Während des Kriegs ging die Nachfrage nach Wohnungen zunächst zurück, da die Familien von Kriegsteilnehmern vielfach den selbständigen Haushalt aufgaben und die Zahl der Eheschließungen sich stark verringerte; sie stieg jedoch wieder gegen Ende des Kriegs. Nach Kriegsende stellte sich eine ganz außerordentliche Nachfrage nach Wohnungen ein. Die zahlreichen Kriegsteilnehmer kehrten zurück; von den ausgetretenen Kriegern waren zwar viele gefallen, aber ihr Tod hatte in der Regel nicht zur Auflösung ihres Haushalts geführt, nur die Zahl der Haushaltsangehörigen war vermindert worden. Die Zurückkehrenden, die ihre Wohnungen aufgegeben hatten, verlangten neue Wohnungen.

Die Eheschließungen, die während des Kriegs zurückgestellt waren, wurden nunmehr nachgeholt, und infolge des Wegfalls der allgemeinen Wehrpflicht wurde von vielen Männern schon in jüngeren Jahren geheiratet als vor dem Kriege. Die starke Zunahme der Eheschließungen in Baden zeigt folgende Übersicht:

1910: 15 288, 1914: 13 828, 1915: 8038, 1916: 7786, 1917: 9065, 1918: 10 390, 1919: 28 489, 1920: 31 952, 1921: 25 398, 1922: 23 701, 1923: 20 776.

Die Zahl der Eheschließungen betrug hiernach in den Jahren 1919 und 1920 jeweils etwa das Doppelte der Friedensjahre 1910-1913 und im Durchschnitt der Jahre 1915-1923 rund 18 400, also erheblich mehr als in den Friedensjahren. Hieraus erklärt sich auch, obwohl die Bevölkerung nicht wesentlich zugenommen hatte, die außerordentlich starke Zunahme der Haushaltungen. Es betrug in Baden nach der Volkszählung von 1910 die Bevölkerung 2 142 833 und nach der Volkszählung von 1919 2 195 580; die Zunahme war also 52 747. Nimmt man nur 4 Personen auf einen Haushalt an, so hätten die Haushaltungen in dieser Zeit nur um rund 13 000 wachsen dürfen. Die Haushaltungen waren aber von 1910 mit 462 667 bis zum Jahre 1919 auf 503 207, also im ganzen um 40 540 gewachsen, demnach um mehr als das Doppelte, als dem Normalfall entsprechen würde. In den Jahren 1920 und 1921 war das Wachstum der Zahl der Haushaltungen entsprechend den Eheschließungen noch wesentlich größer.

Eine große Anzahl von Wohnungen wurde ferner von den Flüchtlingen aus den abgetretenen und besetzten Gebieten sowie aus dem Ausland (s. B. von Schwäbiger Wehrleuten) in Anspruch genommen. Von den Vertriebenen aus Elsaß-Lothringen hatte sich nach einer Erhebung im Jahre 1921 etwa ein Viertel, ungefähr 32 000, allein in Baden niedergelassen. Die Gesamtzahl der in Baden lebenden Flüchtlinge betrug damals bereits 40 000 Köpfe oder etwa 10 000 Familien. Nach dem Jahre 1921 kamen noch neue Flüchtlinge dazu, namentlich während des Ruhrkampfes.

Wohnungsangebot.

Gegenüber dieser ungeheuren Nachfrage nach Wohnungen war das Angebot schwach. Während des Krieges kam die Bautätigkeit nahezu zum Erliegen, da die gesamten verfügbaren Baustoffe für Kriegszwecke verwendet wurden. Nach dem Krieg dauerte der Mangel an Baustoffen, namentlich der unter Verwendung von Kohle hergestellten Baustoffe (Backsteine, Dachziegel, Zement, Kalk) an; zeitweise fehlte es auch an gelerntem Bauarbeitern. Dazu kam, daß die Preise der Baustoffe und die Löhne, wenigstens in Papiermark berechnet, ständig stark stiegen. Eine Berechnung von Baufosten war deshalb während der ganzen Jahre nach dem Krieg nahezu unmöglich. Man konnte nur das Vergangene übersehen; die Lage auch der nächsten Zukunft und die weitere Entwicklung der Wirtschaft war fast immer völlig unklar und unsicher.

Folgende statistische Zahlen bestätigen diese Ausführungen:

Neue Wohnungen wurden in Baden erstellt:
1914: 5114, 1915: 677, 1916: 181, 1917: 50, 1918: 78, 1919: 2011, 1920: 5645, 1921: 5827, 1922: 7708, 1923: 5862. Summe 1914—1923: 33 153, Summe 1919—1923: 27 053.

Wohnungen mit Baukostenbeihilfen

Von den in den Jahren 1919—1923 erstellten 27 053 Wohnungen wurden für 14 914 Wohnungen Baukostenbeihilfen bewilligt.

Von diesen Wohnungen entfallen auf:
Gemeinden bis 2000 Einwohner: 2561, Gemeinden von 2000 bis 5000 Einwohner 4377, Gemeinden von 5000 bis 10 000 Einwohner: 1000, Gemeinden von 10 000 bis 20 000 Einwohner 1748, Gemeinden von 20 000 bis 50 000 Einwohner: 401, Gemeinden von 50 000 bis 100 000 Einwohner 2003, Gemeinden von über 100 000 Einwohner: 2824.

Insgesamt 4375 dieser Wohnungen wurden von Gemeindeförderungsgesellschaften, 6443 von Gemeinnützigen Bauvereinigungen und 4096 von Privaten erstellt.

Der Bauausführung nach handelt es sich bei 14 071 dieser Wohnungen um Neubauten und bei 843 um Neubauten mit Umbauten und bei 843 um Umbauten.

Der Bauzeit nach entfallen

auf das Jahr 1919:	3080
auf das Jahr 1920:	2238
auf das Jahr 1921:	3598
auf das Jahr 1922:	4620
auf das Jahr 1923:	1428

der mit Baukostenbeihilfen erstellten Wohnungen.

Zählung des dringendsten Wohnungsbedarfs

Über die Größe des dringendsten Wohnungsbedarfs wurden in allen Gemeinden des Landes 3 mal Erhebungen gemacht. Er betrug

am 1. Januar 1920:	12 523
Ende Oktober 1921:	18 362
am 1. Januar 1922:	26 492

Nach Erhebungen in den Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern betrug — abgesehen von den im Kaufwege gefachten Wohnungen — die Zahl der wohnungsuchenden Haushaltungen:

auf 1. April 1922:	26 169
auf 1. Januar 1923:	29 995
auf 1. Januar 1924:	31 710
auf 1. Oktober 1924:	31 441

Darnach hat also die Wohnungslage in den Städten über 10 000 Einwohner sich seit 1. Jan. 1922 eher verschlechtert als gebessert, auch wenn man annimmt, daß manches Wohnungsgefuhr seine Erledigung gefunden hat, ohne daß die Behörde davon Kenntnis erhielt. Da die Wohnungslage dieser Städte die Wohnungslage des gesamten Landes ausdehnend beeinflusst, so darf man annehmen, daß dieses Urteil unbedenklich auf das ganze Land ausgedehnt werden kann. Es muß deshalb angenommen werden, daß auch heute noch im Lande ein Fehlbedarf von rund 25 000 Wohnungen besteht und daß die Bautätigkeit der Jahre 1922—1924 nur ausgereicht hat, um den laufenden Neubedarf zu decken.

Badischer Landtag

23. Karlsruhe, 23. Jan. 1925.

Zu Beginn der heutigen Vormittags-Sitzung beantwortet Oberregierungsrat Seeger vom Finanzministerium eine kurze Anfrage der Deutschnationalen betr. die

Prämienausstattung bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft

wie folgt:
Die Badische Regierung hat keine Unterlagen über die Höhe der vertriehenen Prämien und besitzt auch keine rechtmäßige Handhabe, solche zu verlangen.

Die Badische Regierung verheißt sich indessen nicht, daß sie das Prämienystem, von dem feststeht, daß es nur einem kleinen Teil der Beamtenhöfe zugute kam, während ein erheblicher Teil leer ausging, nicht gutheißen kann und zwar deshalb nicht, weil das Prämienystem mit einem beamtenmäßig aufgezogenen Bewaltungsapparat schwer vereinbar ist, eine Quelle der Unzufriedenheit für die Nichtbeamteten darstellt und die Ursache zu Mißverständnissen bilden kann.

Die Badische Regierung wird mit Rücksicht auf die gerade in unserem Lande sich stark fühlbar machende Sparpolitik der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, wie sie sich in der Einstellung von Bahnbauarbeiten und der Schließung der Werkstätten in Offenburg auswirkt, Veranlassung nehmen, ihrer Auffassung der Reichsbahn-Gesellschaft gegenüber Ausdruck zu geben (Rebhafter Weisfall).

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtete Abg. Müller (Centr.) über die Stellungnahme des Haushaltsausschusses zu den

Zugunsten des Weinbaues gestellten Anträgen

der Abg. Schill und Gen. betr. Herabsetzung der Reichsweinsteuer usw., der Abg. Schmidt-Breiten und Gen. betr. Erlassung der Umsatzsteuer für inländische Weine usw., und der Abg. Gebhardt und Gen. betr. Erhöhung der Einfuhrzölle für Wein.

Der Haushaltsausschuß beantragte:
Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken:

1. daß bei Abschluß der Handelsverträge nur solche Zollsätze für ausländische Weine zugestanden werden, deren Höhe den erforderlichen Schutz für Erhaltung des badi-schen Weinbaues Gewähr leistet;
2. daß durch Aufhebung oder doch wenigstens durch wesentliche Herabsetzung der Reichsweinsteuer und der Umsatzsteuer für inländische Weine die Rentabilität des einheimischen Weinbaues erhalten wird;
3. daß mit tunlichster Beschleunigung eine Reueinschätzung des Steuerwertes der Weinberge vorgenommen wird.

Da sich niemand zum Wort meldete, konnte man sofort zur Abstimmung schreiten.

Abj. 1 wurde mit allen gegen 3 kommunistische Stimmen bei 12 Enthaltungen (Sozialdemokraten) angenommen, die beiden anderen Abj. einstimmig. Der ganze Antrag fand mit allen gegen Stimmenthaltung der Kommunisten Annahme.

Abg. Horter begründete sodann die förmliche Anfrage der Sozialdemokraten betr.

Ausgleich zwischen Lebensmittelpreisen und Löhnen und Gehältern.

Er kritisierte das Bestreben der Reichsregierung im letzten Späthjahr, auf dem Wege über die Schlichter einen Druck auf die Löhne auszuüben. Inzwischen seien die Preise des notwendigen Lebensbedarfes weiter gestiegen. Der Arbeiter, Angestellte, wie auch der untere Beamte verdienen heute kaum mehr als in der Vorkriegszeit und sehen sich auf der anderen Seite erheblichen Belastungen gegenüber. Solange bei uns kein Mangel an Facharbeitern vorhanden sei, bestche kein Anlaß, Anträgen auf Zulassung ausländischer Arbeiter stattzugeben. Der gestern erwähnte Mißstand rühre daher, daß viele Familien gar nicht in der Lage seien, Mißläufen zu können. Der Staat sollte alles versuchen, um in der Entlohnung der Beamten und Arbeiter der Privatindustrie zum Vorbilde zu dienen.

Minister des Innern Kemmelé,

führte zur Beantwortung aus:

Der Regierung ist bekannt, daß die Teuerung seit Mitte des letzten Jahres zugenommen hat. Baden ist ein besonders teures Land geworden. Das beweist eine Gegenüberstellung der Indexziffern. Der Reichsindex betrug am 9. April 111, am 7. Mai 115, am 8. Dezember 122, 2. Für Karlsruhe stellten sich die Zahlen auf 132, 135 und 142,6. Die vorgebrachten Klagen sind also berechtigt. Sie haben ihren Grund in der verhältnismäßig schlechten Ernte, insbesondere der Getreideernte. Nach Aufhebung der Zolltarife zwischen dem besetzten und dem übrigen Deutschland ist die wilde Einfuhr verschwunden. Süddeutschland muß sich jetzt neuen Lebensbedingungen anpassen. Wir haben schon im letzten Jahre Zweifel in die Preisfestsetzung der Reichsregierung gesetzt, wie wir auch der Meinung waren, daß durch polizeiliche Kontrollmaßnahmen allein sich der Lebensmittelmarkt nicht regulieren läßt. Es bleibt nichts anderes übrig, als die Löhne und Gehälter dem Lebenshaltungsinde auszubauen. Daß seinerzeit eine schriftliche Anweisung an die Schlichter ergangen sei, ist uns nicht bekannt. Es hat wohl eine Reichs-kommission der Schlichter stattgefunden und dabei wurde der Standpunkt vertreten, daß es möglich sein müsse, den Lebensindex herabzurufen, was für die Wirtschaft vernünftiger wäre, als Lohnherabsetzung. Dieser Standpunkt müßte aufgegeben werden. Die badische Regierung ist wie bisher bereit, den Vorschlägen auf dem Lebensmittelmärkte ihre Aufmerksamkeit zu schenken und das Mögliche zur Wahrung der Gegensätze zu tun. Im übrigen muß es den wirtschaftlichen Organisationen der Beamten und Arbeiter überlassen bleiben, gemäß den in der Gesetzgebung verankerten Kosten und Methoden das Ihrige zu tun, um einen Ausgleich im Familienbudget erreichen zu können.

In der Besprechung der Interpellation begrüßt Abg. Feurich (Centr.) die Antwort des Ministers. Er spricht für den Gemeinschaftsgedanken zwischen Unternehmer und Arbeiter. Der Geist des Bischofs Ketteler müsse auch in die Herzen der Unternehmer eingehen. Nicht überspannen dürfe man den Unterschied zwischen geistiger und handarbeit. Der qualifizierte Arbeiter könne heute nicht einmal mehr mit dem Gehalt der Gruppe 1 oder 2 verglichen werden. Der Handel verfare immer noch nach den Grundfäden der Inflation und nicht nach dem Grundfaden: Großer Umsatz, kleiner Nutzen! Der Redner verlangt mit allem Nachdruck den sozialen Ausgleich. Er tritt für Umwandlung der Erwerbslosenunterstützung in eine Arbeitslosenversicherung für Einfuhr der Kurzarbeiterunterstützung und Befreiung der Kurzarbeiter von der Beitragspflicht zur Erwerbslosenversicherung ein.

Abg. Mager (DR.) verbreitet sich über die wirtschaftlichen Zusammenhänge im allgemeinen, über die Kreditwirtschaft, die Industrie usw. und betont, daß die Löhne vorläufig auf dem gegenwärtigen Niveau belassen werden müßten. (Widerspruch links.) Bei Verteilung dieser Dinge müsse man auch die andere Seite hören.

Abg. Weismann (Soz.) vertrat den Standpunkt seiner Partei. Er bezeichnete es als einen Stand, wie gelernter, qualifizierte Arbeiter in der Reichsbahnverwaltung behandelt werden. Das liege an der famosen Politik des Reichsfinanzministers. Die Ausfichten seien nicht besser geworden, nachdem derselbe Herr Dr. Lütker jetzt Reichskanzler geworden sei. Die Lebenshaltung der Masse der Arbeiter liege in einem schrecklichen Mißverhältnis zu dem Leben, das die Direktoren führen können. Der englische und amerikanische Arbeiter sei weit besser bezahlt als der deutsche. In erschlatterter Weise vernehten sich die Selbstmorde, weil der Existenzkampf unzulässig schwer geworden sei und kaum mehr durchgeführt werden könne. Der Redner wünscht in seiner Polemik gegen den Abg. Mager, daß es die Unternehmer an der gebührenden sozialen Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeiter nicht fehlen lassen möchten.

Abg. Ritter (Komm.) erhofft bessere Zeiten nur von der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Abg. Müller (Soz.) nahm den Handel gegen gewisse Vorwürfe in Schutz. Er verheißte zu kalkulieren; von zu hohen Gewinnen oder einer Überwucherung der Verbraucher könne keine Rede sein. Noch nie sei der Konkurrenzkampf so scharf gewesen, wie heute. Die Industrie werde alles daran setzen müssen, um die Produktion zu verbilligen. Eine wesentliche Beibehaltung der Wirtschaft werde erst eintreten, wenn die Annahme von Wechseln durch die Reichsbank erleichtert und die Ertragsfaktoren ernährt würden. Selbst in Ausland habe man erkannt, daß man zur Wirtschaft des Privatkapitals bedarf. Der Zusammenschluß in Trusts usw. habe nun doch keinen Grund in der Kreditnot. Gemessen an der hohen Verantwortung der Direktoren von Riesenunternehmen belämen die ihnen gezahlten Gehälter ein anderes Gesicht.

Abg. Freidhof (Soz.) wandte sich gegen den Abg. Mager. Die Arbeiterchaft werde ihm dankbar sein für die Offenheit, mit der er das Problem behandelte, dankbar deshalb, weil seine Darlegungen im Widerspruch ständen mit den Versprechungen der Deutschnationalen im Wahlkampf. Der Redner beklagte die gewaltige Dezentralisation des Lebensmittelhandels und empfahl die Ausbreitung des Konsumgenossenschaftens. Im Hinblick auf die ungeheure Notlage eines großen Teils der deutschen Arbeiterchaft sollte man glauben, daß sich die Industrie der Notwendigkeit, die Löhne zu erhöhen, nicht verschließen wird. Erinnern wir uns aber auch der fürchterlichen Zustände, die in den Kreisen der Alten, Kranken und Invaliden herrschen. Der Redner wandte sich zum Schluß gegen die Kommunisten, die das wichtigste Instrument der Arbeiterchaft, die Gewerkschaften, zu zerlegen suchten und dabei praktisch nicht das geringste für die Arbeiterchaft leisteten.

Abg. Osheing (Dem.) ist der Auffassung, daß immer mehr der Gesichtspunkt des Existenzminimums in den Vordergrund geschoben werden müsse. Man leide in der Tat an einer Überflutung von offenen Handelsstellen, was einer Verschwendung an organisatorischer Kraft darstelle und letzten Endes die Preisbewegung nach oben beeinflussen muß, da doch jeder leben wolle. Der Redner unterstrich die Ausführungen des Vorredners über die Fortschrittsarbeit der Kommunisten und verwies im Hinblick auf das Vorgehen der Reichsbahn-Gesellschaft jede Art von Prämienausstattung.

Abg. Eberhard (Ztr.) bemerkte, daß die Teuerung eine Welterschöpfung sei. Sie habe bei uns den höchsten Grad erreicht. Während man aber in den anderen Staaten versuchte, die Löhne den vorübergehenden Verhältnissen anzupassen, sei dieses Bestreben in Deutschland nicht zu hindern, damit dem Verhalten der Schwerindustrie und ihrer Führer. Der Redner kam in diesem Zusammenhang auf den leistungsfähigen Metallarbeiterstreik in Mannheim zu sprechen. Die Metallindustriellen trachteten eher auf eine Reduzierung der Löhne. Die Arbeitnehmer erwarteten von der Gegenseite, daß man ihnen mit sozialem Verständnis und Gerechtigkeit begegne.

Abg. Frau Unger (Komm.) bekämpfte die Methoden der Gewerkschaften, durch die sich für die Arbeiterinteressen nichts erreichen lasse. (Widerspruch der Sozialdemokraten.) Die Arbeitsgemeinschaft sei Bruch am proletarischen Klassenkampfgedanken.

Abg. Frau Siebert (Ztr.) entgegnete der Vorrednerin, daß durch rethorische Klänge die Lebenslagen nicht verschwinden werden. Die christlichen Gewerkschaften hielten darauf, daß im Wirtschaftsleben sich die sittlichen Grundsätze durchsetzen. Die Sowjetrepublik in Schweden biete sicher nicht den Maßstab für die Größe der Not in Rußland.

Abg. Mager (Dnt.) polemisierte gegen den Abg. Freidhof. Abg. Müller (Soz.) sieht in der Rede der Frau Unger ein fortwährendes Schraffengeklingel. Niemand könne im Zweifel darüber sein, wie richtig die Gewerkschaften gerade in den letzten Jahren waren. Statt praktische Arbeit zu leisten suchten die Kommunisten die Gewerkschaften nur von innen zu unterhöhlen, nachdem ihnen die Absicht der Zerstückelung mitlungen sei. Hoffentlich würden sie bald von den aufgestellten Arbeitern den Laufpaß erhalten.

Damit war die Aussprache beendet.

Nach Bekanntgabe einiger Eingänge verlas sich das Haus auf Dienstag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr. Die nächste Woche wird für Ausschüß- und Fraktions-Sitzungen freigehalten. Schluß der heutigen Sitzung gegen 10 Uhr.

Das Zentrum hat im Landtag eine förmliche Anfrage eingebracht betr. die Schließung der Eisenbahnwerkstätte in Offenburg und betr. die Rede des Rectors der Universität Freiburg bei der Reichsgründungsfeier.

Ein Antrag des Zentrumsabg. Görlacher u. Gen. ersucht die Regierung, langfristige Notkreditlinien für das gesamte badische Handwerk zur Verfügung zu stellen, deren Verteilung nach Richtlinien erfolgen soll, die im Benehmen mit den Handwerkskammern aufzustellen sind.

Ein weiterer Antrag Görlachers betrifft die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften zur Sicherstellung der Bauforderungen.

Aus der Landeshauptstadt

Excellor-Künstlerspiele. Das neue Programm dieser gut geleiteten Künstlerspiele verdient wieder alle Beachtung. Vor allem verfügt die Direktion diesmal über einen ganz ausgezeichneten Ansager, Rolf Remann, einen Herrn, der wirklich Humor besitzt und in seinen Plaudereien und Vorträgen ein literarisches Niveau zu halten weiß, das auch vernünftiger Besucher befriedigen wird. Selbstverständlich ist die Kunst des Tanzes wieder stark vertreten, so besonders durch Jrl. Wanda von Wolzogen, die Nichte des bekannten Dichters, und die Geschwister Rosé. Eine groteske musikalische Darbietung von eigenem Reiz sind die beiden Dollys. Aber auch das übrige Programm ist im Ganzen recht unterhaltend. Und ganz famos waltet nach wie vor die Original-Jazzband „vier Erichs“ ihres Amtes.

Die Gesellschaft für deutsche Geistes- und Lebenserneuerung hatte zu Donnerstag im Friedrichshof zu Karlsruhe zu einem Vortragsabend von Heinrich Jürgens über Yoga eingeladen. Wer einen rein wissenschaftlichen Vortrag über diese altindische Weisheitslehre erwartete, kam allerdings nicht auf seine Rechnung. Der Vortragende ging zwar ausführlich auf diese Jahrtausende alte Lehre mit ihrer echtindischen komplizierten Systematik ein, erweiterte jedoch das Thema zu einer Synthese der indischen Lehren, altindischer Weisheit, christlicher Weltanschauung und modern-religiöser Spekulation. Die niedere Pathoslehre der Redner als gefährlich und nutzlos ab- und behandelte lediglich die „königliche Yoga“ als die Kunst, Seele und Geist zu erziehen bis zur Erkenntnis höherer Welten und zum Schauen des Nichtigsten durch Ausserlesene bereits in diesem Leben. Die Lehren der Yoga — behauptete der Redner — können nirgends im Gegensatz zum Christentum und auch ein Christ könne diesen Weg, der zur höchsten Erkenntnis führe, gehen. Er zeigte dann die subtilen indischen Spekulationen über die Zusammenfassung des Menschen aus Körper, Seele und Geist und unterstellte dabei auch die Lehre von Astralleib und Astralebene wie die von der Wiedergeburt nicht nur als wahrscheinlich, sondern als wahr. Es handelte sich wie gesagt um den Vortrag einer religiösen Lehre, nicht um den Vortrag über eine solche. Aber wer auch nicht zu glauben geneigt war — vorausgesetzt, daß er imstande war, den hellenweise nicht einfachen Ausführungen des Redners zu folgen —, konnte aus dem Vortrag Nutzen ziehen, zumal er gute sittliche Forderungen aufstellte.

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat Februar noch nicht erneuert haben, wollen dies **unverzüglich** tun, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

